

nationale und kulturelle Identitäten in Lateinamerika, ordnet diese in jüngere globale Entwicklungen und internationale Debatten verschiedener wissenschaftliche Disziplinen ein und kann jedem zur Lektüre empfohlen werden, der sich mit diesem Thema befassen möchte.

Ulrike Schmieder

Stand und Probleme der Erforschung des Konservatismus, hrsg. von Caspar von Schrenck-Notzing (=Studien und Texte zur Erforschung des Konservatismus, Bd. 1), Duncker & Humblot, Berlin 2000, 242 S.

Der Hrsg. sieht die deutsche Konservatismusforschung in einem bedauernden Zustand, der besonders im internationalen Vergleich mit Großbritannien und mit den USA auffalle. Hauptursache sei die fehlende Infrastruktur: „Zunächst fehlt eine im eigentlichen Sinne konservative Partei. Daher gibt es auch keine Parteistiftung, die Archivmaterial sammeln, für die Forschung aufbereiten und darüber hinaus für Buchreihen und Zeitschriften verantwortlich zeichnen – geschweige denn die nötigen finanziellen Mittel bereitstellen – könnte.“ (Vorwort) Darüber hinaus würde der Konservatismus in Deutschland auch ohne die nötige Empathie untersucht, „was die Zahl der einschlägigen Publikationen anbetrifft, so dominieren in aller Regel entschiedene Gegner des Konservatismus, die zudem nicht selten gegenwartspolitische Ziele verfolgen“.(ebd.) Mit dem Auslaufen der marxistischen Konservatismusforschung an der Friedrich-Schiller-

Universität Jena unter der Leitung von Ludwig Elm 1990 fehle überhaupt ein Ort, an dem das konservative Spektrum der deutschen Ideen- und Politikgeschichte Behandlung fände. In diese Lücke will das Münchner Institut für konservative Bildung und Forschung (IKBF) stoßen, das 1996 erstmals mit einem Lexikon des Konservatismus öffentlich hervorgetreten ist. Nun folgt eine Bilanz der Forschung – in Deutschland, den USA, Kanada und Österreich –, die offensichtlich die Felder identifizieren soll, auf die sich das Konservatismus-Institut in den nächsten Jahren konzentrieren will.

Im Anschluß an die Überlegungen von P. Kondylis über den Konservatismus postuliert *Hans-Christof Kraus* für die Zeit bis zum Ende des 19. Jh.s vor allem zwei Bereiche: den Konservatismus vor 1789 und den Wechsel der sozialen Trägerschaft des Konservatismus, der sich nicht allein mit der Auflösung der politisch-ökonomischen Machtgrundlage des Adels verbinden ließe. Der letztere Gedanke einer sozialen Verankerung des jeweiligen Konservatismus und damit die Erweiterung der Analyse einzelner Autorenpositionen zu einer Sozial- und Kulturgeschichte des Konservatismus wird jedoch nicht weiter verfolgt, sondern statt dessen ein eindrucksvoller Zettelkasten mit bibliographischen Hinweisen zu konservativen Verfassern und ihren Werken durchgemustert und eine Vielzahl von neuen Publikationen angeführt, die sich einzelnen konservativen Verfassern widmen.

Dieser literaturreferierende Stil durchzieht auch viele weitere Aufsätze des Bandes. Es ist nicht genau zu erkennen, ob hier Belesenheit¹ und der

Umfang der bereits vorliegenden Arbeiten bewiesen werden soll oder ob, ironisch gewendet, die Notwendigkeit einer kritischen und analytischen Perspektive quasi ex negativo vorgeführt werden soll.

Auch die Beiträge von *Kroll* und *Weißmann* zur Konservativen Revolution und ihrem Verhältnis zum Nationalsozialismus, die sich vor allem an Stefan Breuers Studien abarbeiten, plädieren hartnäckig für eine Geistes- und Ideengeschichte als Königsweg der Konservatismusforschung. Die Möglichkeiten, die sich damit eröffnen, liegen in der Aufhellung intellektueller Wegbeschreibungen, im Nachweis der Vielfalt von theoretischen Ausgangspunkten in den politischen Bewegungen (etwa in der Anhängerschaft Hitlers oder im Widerstand gegen sein Regime) sowie in der Aufmerksamkeit für „Übersetzungen“ von Ideensträngen bei grenzüberschreitenden Debatten.

Die Beiträge dieses Bandes enthalten eine Reihe von Hinweisen zu solchen Interpretationsperspektiven für einzelne Epochen des konservativen Denkens. Den Band durchzieht damit aber auch eine Tendenz, das politische Denken vom politischen Handeln völlig abzukoppeln. Dies ist um so ärgerlicher, als manche Texte im Gewande der analytischen Unschuld daherkommen und doch zugleich in der Manier parteilicher Wissenschaft ihr entgegengesetzte Positionen der Apologie und der Polemik zeihen.

Im Ergebnis einer vielfachen Aufklärung des Konservatismus scheint weniger relevant, warum bestimmte Positionen sich durch ihren Gebrauch in politischen Bewegungen disqualifiziert haben, als vielmehr, wie ihre Attraktivität wiederhergestellt werden

kann. So formuliert etwa *Karlheinz Weißmann*: „Wenn nicht alles täuscht, wird die Aufmerksamkeit für die Konservative Revolution in den nächsten Jahren kaum abnehmen. Das hängt nicht nur mit intellektueller Langeweile und dem Überdruß an den bekannten Themen zusammen, nicht nur mit der Lust an der verbotenen Frucht und dem schwindenden Charme des Marxismus, seiner Geschichte und seinen ideologischen Filiationen, sondern auch mit der Krise des Liberalismus, der immer weniger zum Zweck der Welterklärung taugt, dessen historische Bedingtheit immer deutlicher hervortritt, ebenso wie seine Unfähigkeit, die illiberalen Voraussetzungen seiner eigenen Existenz nicht nur anzuerkennen und zu schützen, sondern auch zu regenerieren.“ (S. 139).

Heinz-Siegfried Strelow belegt dagegen, wie eine Studie von Programmatik und Wählerschaft politischer Parteien helfen kann, den schwindenden Einfluß der sowohl stark konfessionell als auch regional geprägten konservativen Gruppierungen infolge der Modernisierung der Gesellschaft und ihrer sozialen Nivellierung nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik zu erklären.

Konservatismusforschung dürfte auch weiterhin vor dem Dilemma stehen, daß die Bezeichnung oder Selbstbezeichnung als konservativ jeweils nur relational zu bestimmten Gesellschaftsverhältnissen und alternativen Vorschlägen im Umgang mit ihnen Gültigkeit hat. Die allenfalls undeutliche Konzeption des Bandes weist auf die Notwendigkeit einer Intensivierung der Forschung zum Konservatismus hin. Hierin ist dem Hrsg. völlig zuzustimmen. Es bleiben

aber Zweifel, ob die alleinige Konzentration auf eine Ideengeschichte, wie sie hier unternommen worden ist, wirklich dafür der bevorzugt einzuschlagende Pfad sein kann.

Matthias Middell

1 Diese Belesenheit reicht allerdings zuweilen nicht über den Tellerrand der Deutschen Nationalbibliographie, wenn etwa Frank-Lothar Groll eine Studie zu Hans Freyers Konservatismus fordert und Jerry Z. Mullers gründliche Monographie nicht zu kennen scheint. Dagegen verweist Karlheinz Weißmann erfreulich ausführlich auf die italienische und französische Forschung zum Thema Konservative Revolution und zu den europäischen Verzweigungen derer, die für eine solche Revolution von rechts plädierten.

Gerhard Hauck, Gesellschaft und Staat in Afrika, Apsel & Brandes, Frankfurt a. M. 2001, 319 S.

Deutschsprachige Monographien, die das Funktionieren von Staat und Gesellschaft in Afrika erklären wollen, sind rar. Um so neugieriger macht die 319-Seiten starke Arbeit des in Heidelberg lehrenden Soziologen *Gerhard Hauck*. Mit dem französischen Afrikanisten J. F. Bayart wird zunächst begründet, warum aktuelle Entwicklungen sich nur aus dem Zusammenspiel eines historischen Verständnisses autochthoner Fundamente, kolonialer Institutionen und weltgesellschaftlicher Einflüsse verstehen ließen. Hauck sieht sein Buch daher in einem Spannungsverhältnis zwischen „afrikakundlicher historischer Empirie“ einerseits und „allgemeiner sozialwissenschaftlicher Theorie“ andererseits. Sein Interesse gilt dabei weniger

der empirischen Rekonstruktion als der theoretischen Reflektion, die er im wesentlichen auf Karl Marx, Max Weber und Antonio Gramsci stützt. Im Zentrum des Buches stehen Diskurse über „Akephalie, über Staatsentstehung, über Kapitalismus und Kolonialismus, über postkoloniale Staaten und generell über Entwicklung und Unterentwicklung“. Das Feld ist also weit, und vielerorts unbestellt. Als Ordnungsprinzip greift Hauck daher auf stilbildende Debatten zurück, insbesondere im umfangreichen vierten Kapitel zur postkolonialen Entwicklung (S. 175-266).

Die Erörterung der Theoriedebatten geht einher mit teilweise ausführlichen länderkundlichen Exkursionen. So rekapituliert *Hauck* z. B. die – weitestgehend von ihm selbst geprägte – Diskussion über Pfründenkapitalismus und die Privatisierung des Staats in Nigeria: Dort ist der Staat die wichtigste Akkumulationsinstanz in einer auf Erdöl begründeten Wirtschaft. Der interne Konkurrenzkampf der „Bourgeoisie“ wird primär „als Kampf um den Zugang zu politischer Entscheidungsmacht geführt“ (S. 177). Die in Europa historisch gewachsene Trennung von Politik und Ökonomie, basierend auf der „allgemeinen Kontraktfreiheit“ der Bürger, ist in Nigeria also nicht gegeben: Machterhalt wird mithin zu einer ökonomischen Überlebensfrage.

Haucks Interpretation von Staat und Gesellschaft ist schlüssig, hat sich in dieser Form seit 1984 aber auch kaum weiter entwickelt. Die zusammenfassende Feststellung über die mangelnde „Trennung der Sphären von Politik und Ökonomie“ in Afrika und die „damit einhergehende Privatisierung des Staates“ (S. 271) ist unstrittig –